Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2018-08-14

Dezernat: II
Bearbeiter/in: Ruhl, Andreas
Telefon: (0385) 5 45 21 01

Beschlussvorlage
Drucksache Nr.

öffentlich

01519/2018

Beratung und Beschlussfassung

Dezernentenberatung
Hauptausschuss
Jugendhilfeausschuss

Betreff

Bedarfe der Jahre 2019/2020 für den Bedingungsrahmen für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in der Landeshauptstadt Schwerin - Strategieplanung ab 2019

Beschlussvorschlag

Der Jugendhilfeausschuss stellt die in der Anlage 1 dargestellten Bedarfe in Bezug auf Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erzieherischen Kinder- und Jugendschutz in Schwerin fest.

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

a) Rechtlicher Auftrag und Ausgangssituation

Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben gemäß § 80 Abs. 1 SGB VIII sowohl den Bestand an Einrichtungen und Diensten festzustellen als auch den Bedarf für einen mittelfristigen Zeitraum zu ermitteln. Von den für die Jugendhilfe bereitgestellten Mitteln ist ein angemessener Anteil für die Jugendarbeit zu verwenden (§ 79 Abs. 2 SGB VIII). Die zur Befriedigung des Bedarfs notwendigen Vorhaben sind in diesem Zusammenhang rechtzeitig und ausreichend zu planen; dabei ist Vorsorge zu treffen, dass auch ein unvorhergesehener Bedarf befriedigt werden kann.

Dieser gesetzliche Auftrag ist in Bezug auf Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erzieherischen Kinder- und Jugendschutz gerade in Schwerin von immenser Bedeutung:

- Die städtischen Zuschüsse für Kinder-, Jugend- und Jugendsozialarbeit sind in den vergangenen Jahren tendenziell gesunken - trotz gestiegener Sach- und Personalkosten bei anerkannten Trägern.
- Gleichzeitig verzeichnet Schwerin seit mehreren Jahren einen deutlichen Zuwachs an Kindern und Jugendlichen von 0 – 21 Jahren.
- Der momentane Bestand an Angeboten ist daher gefährdet (tageweise Schließungen von Treffs aufgrund von Krankheit, Urlaub oder Fortbildung usw.).

- Die Komplexität der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist gestiegen. Das belegen auch bundesweite Trends. Schwerin ist hier kein Sonderfall.
- Schwerin hat mehr als jede andere Kommune in M-V besondere Herausforderungen bei der Migration (bzw. Flucht und Asyl) zu meistern. Das betrifft besonders Kinder und Jugendliche.
- Die soziale Segregation ist in Schwerin auch im Bundesvergleich extrem hoch.
- In der Landeshauptstadt herrscht die höchste Kinderarmutsquote in Mecklenburg-Vorpommern.
- Fehlentwicklungen, wie im Zusammenhang mit Power for Kids, belegen die Notwendigkeit einer intensiveren Arbeit in diesem Bereich.
- Es besteht ein Fachkräftemangel. Durch schlechte Personalausstattung und niedrige Bezahlung wird Schwerin es schwer haben, auf Dauer Fachkräfte zu bekommen.

Überdies hat Schwerin hohe Kosten bei Hilfen zur Erziehung (HzE). Um den Anstieg zu dämpfen, bedarf es intensiverer Prävention („präventiv vor ambulant vor stationär“). Andere Städte haben so über mehrere Jahre die Kosten für HzE senken können.

In der konkreten Aufgabenwahrnehmung soll die öffentliche Jugendhilfe gemäß § 4 Abs. 1 SGB VIII mit der freien Jugendhilfe partnerschaftlich zusammenarbeiten.

Soweit geeignete Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen von anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe betrieben werden oder rechtzeitig geschaffen werden können, soll die öffentliche Jugendhilfe von eigenen Maßnahmen absehen (Abs. 2).

Sofern ein entsprechender Bedarf festgestellt wurde, handelt es sich um eine pflichtige kommunale Aufgabe. Das eröffnet sowohl dem öffentlichen als auch den anerkannten freien Trägern Planungs- und Rechtssicherheit.

b) Bedingungsrahmen

Die Laufzeit des bisher gültigen Strategiepapiers endet am 31.12.2018.

Vor diesem Hintergrund hat der Jugendhilfeausschuss 2017 eine Arbeitsgruppe nach § 78 SGB VIII eingesetzt. Diese hat sowohl einen Bedingungsrahmen für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in der Landeshauptstadt Schwerin – Strategieplanung ab 2019 als auch eine Bedarfserhebung erstellt.

Der Bedingungsrahmen reflektiert die Arbeitsergebnisse der AG Evaluation (2015-2016), die Arbeitsergebnisse der PQS (Prozess- und Qualitätsoptimierung) des Jugendamtes der Landeshauptstadt Schwerin (März 2016), die ergebnissichernden Beratungen des öffentlichen und der freien Träger (laufend) und die sich wandelnden demografischen und gesellschaftlichen Entwicklungen.

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 04.07.2018 den Bedingungsrahmen einstimmig beschlossen.

c) Umsetzungsplan

Der Bedingungsrahmen enthält keine Bedarfsfeststellungen hinsichtlich der einzelnen konkreten Einrichtungen und Dienste. Die von der AG nach § 78 erarbeitete Bedarfsfeststellung geht von ca. 35 Vollzeitäquivalenten (VzÄ) in den hier relevanten Einrichtungen und Diensten aus.

Aus Sicht der Verwaltung sind die dargestellten Mehrbedarfe überwiegend nachvollziehbar. Teilweise bedürfen sie jedoch einer weiteren Untersetzung. Zumal eine vollständige Umsetzung die finanziellen Möglichkeiten der Stadt übersteigen als auch an Grenzen der Genehmigungsfähigkeit durch die Kommunalaufsicht stoßen dürften.

Vor diesem Hintergrund hat die Verwaltung einen alternativen Entwurf gefertigt. Dazu wurden verschiedene **Kriterien** entwickelt (Auszug):

- 35-h-Stellen als Minimum (Grundlage: StV-Beschluss Drs. 01623/2013)
- Straßensozialarbeit 2 x 35 h je Trägerverbundstiegen. Das belegen auch bundesweite Trends. Schwerin ist hier kein Sonderfall.
- Öffnungszeiten von Treffs / Lage im Sozialraum
- Nähe alternativer Angebote
- Beschlüsse der Stadtvertretung / Empfehlung Ortsbeiräte (Kinder- und Jugendtreff im Mueßer Holz (Drs. 01274/2017); Betreuung am Tafelrand (Drs. 01319/2018))

Besondere Förderung bzw. Berücksichtigung sollen folgende Aspekte erhalten:

- soziale Brennpunkte (insbesondere Mueßer Holz)
- Entwicklung der Zahlen von Kindern und Jugendlichen im jeweiligen Trägerverbund
- migrationsbedingte Mehrbedarfe (insbesondere Mueßer Holz, Neu Zippendorf)
- "weiße Flecken" in der Versorgung

Darüber hinaus wurden Prioritätensetzungen vorgenommen.

Priorität 1 umfasst Maßnahmen, die für den Haushalt 2019 / 2020 vorgesehen sind.

Priorität 2 umfasst Maßnahmen, die mittelfristig umgesetzt werden sollen (auch abhängig von Förderungen / Landeszuschüssen u. a.).

Maßnahmen der Priorität 3 sind zurzeit nicht finanzierbar, argumentativ zu untersetzen oder wurden aus anderen Gründen seitens der Verwaltung zurückgestellt.

Auf dieser Basis wurden von der Fachverwaltung Gespräche mit den Trägern geführt.

Ergebnis ist der in Anlage 1 dargestellte Umsetzungsplan.

Dieser soll im Haushaltsplanentwurf der Verwaltung für 2019 / 2020 verarbeitet werden.

d) Weiteres Verfahren

Auf der einen Seite würde die Umsetzung des Plans laut Anlage gewährleisten, dass die hier relevanten Beschlüsse der Stadtvertretung umgesetzt werden (35 Stunden, Kinder- und Jugendtreff, Betreuung am Tafelrand). Überdies könnten akute Bedarfe befriedigt werden. Beabsichtigt sind auch mehrjährige Fördermittelbescheide, sobald die Haushaltssatzung genehmigt ist.

Gleichwohl deckt der Plan auf der ersten Stufe nicht die Standards des Bedingungsrahmens.

Insbesondere fehlt die angestrebte Aufstockung auf 2,5 VzÄ für alle offenen Treffs.

Auch die weitere Ausgestaltung der Schulsozialarbeit und die Ausstattung der Schulwerkstätten sollen mittelfristig einer Lösung zugeführt werden.

Zur Umsetzung weiterer Stufen ist daher eine Reihe von Maßnahmen geplant:

- (Abrechenbare) Evaluation aller Angebote in Abstimmung mit Trägern.
- Gesamtbetrachtung städtischer Zuschüsse neben Projektfördermitteln und sozialräumlichen Hilfen, sofern sie unmittelbar Jugend- oder Jugendsozialarbeit umfassen.
- Wirkungsanalyse in Kooperation mit Sozialministerium.
- Zusammenführung mit dem ISEK, Handlungskonzepten, dem Integrationskonzept etc.
- jährliche Evaluierungsgespräche bzw. Wirksamkeitsdialoge.
- Anpassung der Bedarfsfeststellung zum Haushalt 2021.
- Prüfung von Sozialraumbudgets und/oder Kooperationen.
- Erneute Initiative gegenüber dem Land für eine bessere Finanzausstattung (insbesondere Aufstockung der bisherigen Pro-Kopf-Förderung in der Jugendarbeit in Höhe von 5,11 €, Schulwerkstätten, Schulsozialarbeit etc.).

2. Notwendigkeit

Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe hat lt. den §§ 79, 80 SGB VIII die Gesamt- und Planungsverantwortung für die Erfüllung der Aufgaben, die sich nach dem achten Buch Sozialgesetzbuch ergeben. Dazu gehört als wesentliches Steuerungsinstrument die Jugendhilfeplanung.

Die 4. Fortschreibung Strategiepapier zur Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit in Trägerverbänden 2015 - 2017 lief Ende des Jahres 2017 aus und wurde mit dem Hinweis auf die Erarbeitung des Bedingungsrahmens für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in der Landeshauptstadt Schwerin – Strategieplanung ab 2019 um ein weiteres Jahr bis Ende 2018 verlängert.

Um

1. die Aufgaben nach den §§ 11, 12, 13, 14 SGB VIII, die dem Grunde nach pflichtig sind, in der Landeshauptstadt Schwerin weiterhin qualifiziert aufrechterhalten zu können,
2. für die Kinder und Jugendlichen bedarfsgerechte Angebote vorhalten und die bestehenden Bedarfe abdecken zu können,
3. dem § 79 Abs. 2 SGB VIII gerecht werden zu können und um
4. nicht zuletzt auch den freien Trägern der Jugendhilfe ebenfalls eine Planungssicherheit zu geben

ist es notwendig, den Bedarf der Jahre 2019/2020 für den Bedingungsrahmen für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in der Landeshauptstadt Schwerin – Strategieplanung ab 2019 zu beschließen.

3. Alternativen

Verzicht auf eine gesonderte Feststellung und Diskussion im Rahmen der Haushaltsplanberatungen

4. Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse von Familien

Mit der entsprechenden Aufstockung der Kapazitäten wird ein wesentlicher Beitrag für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in der Landeshauptstadt Schwerin bzw. für eine kinder- und familienfreundlichere Stadt geleistet.

5. Wirtschafts- / Arbeitsmarktrelevanz

Die Entscheidung trägt zur Arbeitsplatzsicherung im Bereich der Jugend-, Jugendsozial- und Jugendsozialarbeit in der Landeshauptstadt Schwerin bei.

6. Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf das Jahresergebnis / die Liquidität

Der vorgeschlagene Beschluss ist haushaltsrelevant

ja (bitte Unterabschnitt a) bis f) ausfüllen)

nein

In den Haushaltsplanentwurf 2019 / 2020 sollen Maßnahmen der Priorität 1 einfließen. Das dürfte in 2019 in den beiden hier wesentlichen Produkten einen finanziellen Mehrbedarf gegenüber dem Ansatz in 2018 von insgesamt bis zu 500.000 € ausmachen (Zuschussbedarf 2018 im Produkt 36301 - Schul- und Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz: ca. 1,6 Mio. €, im Produkt 36200 – Jugendarbeit ca. 850.000 €). Hinzu kämen Mittel von ca. 80.000 €, die aus BuT-Resten eingesetzt werden sollen. Dabei werden für ein VzÄ Kosten von 50.000 p. a. zugrunde gelegt. Insgesamt würde ein Volumen von ca. 13,5 VzÄ zusätzlich zur Verfügung gestellt. Allerdings würde das in 2019 nicht zu 100 % Mehrkosten führen (Voraussetzung für Stellenbesetzungen ist eine Haushaltsgenehmigung und eine Stellenausschreibung. Das kann bis zu sechs Monate dauern.). Die Konsolidierungsvereinbarung wäre nicht gefährdet.

Ab 2020 ist eine Dynamisierung von 2 % per annum für den Gesamtbestand vorgesehen. Für 2020 wäre das mit einer zusätzlichen Haushaltsbelastung von insgesamt bis zu 800.000 € in den beiden hier wesentlichen Produkten verbunden (Hinzu kämen Mittel von ca. 80.000 €, die ebenfalls aus BuT-Resten eingesetzt werden sollen.).

Im Haushaltsplanentwurf der Verwaltung für 2019 / 2020 sind die Mittel in entsprechender Höhe veranschlagt.

Die vorgenannten Mehrbedarfe würden sich ergeben, wenn es nicht gelingt, höhere Landeszuweisungen für Jugendarbeit (Der Zuschuss des Landes für Jugendarbeit beträgt seit mehr als 20 Jahren 5,11 € (10 DM) pro Kind ab 10 Jahre) oder eine höhere Kompensation für flüchtlingsbedingte Mehraufwendungen zu erhalten.

a) Handelt es sich um eine kommunale Pflichtaufgabe: ja/nein

JA

Es handelt sich um eine pflichtige Aufgabe nach dem Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII). Über Art und Umfang entscheidet die Stadtvertretung.

b) Ist der Beschlussgegenstand aus anderen Gründen von übergeordnetem Stadtinteresse und rechtfertigt zusätzliche Ausgaben:

c) Welche Deckung durch Einsparung in anderen Haushaltsbereichen / Produkten wird angeboten:

d) Bei investiven Maßnahmen bzw. Vergabe von Leistungen (z. B. Mieten):

Nachweis der Unabweisbarkeit – zum Beispiel technische Gutachten mit baulichen Alternativmaßnahmen sowie Vorlage von Kaufangeboten bei geplanter Aufgabe von als Aktiva geführten Gebäuden und Anlagen:

Betrachtung auch künftiger Nutzungen bei veränderten Bedarfssituationen (Schulneubauten) sowie Vorlage der Bedarfsberechnungen:

Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für das Vermögen der Stadt (Wirtschaftlichkeitsbetrachtung im Sinne des § 9 GemHVO-Doppik):

Grundsätzliche Darstellung von alternativen Angeboten und Ausschreibungsergebnissen:

e) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung des aktuellen Haushaltes
(inklusive konkreter Nachweis ergebnis- oder liquiditätsverbessernder Maßnahmen und Beiträge für Senkung von Kosten, z. B. Betriebskosten mit Berechnungen sowie entsprechende Alternativbetrachtungen):

f) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung künftiger Haushalte
(siehe Klammerbezug Punkt e):

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen:

nein

Anlagen:

1. Bedingungsrahmen Strategieplanung 2019/2020 Verwaltungsvorschlag

gez. Dr. Rico Badenschier
Oberbürgermeister